

Niederschrift



Gremium: **45. Sitzung des Kreisausschusses**

Sitzungsdatum: **Montag, den 13.02.2012**

Sitzungsort: **Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, Sparkassensaal, 4. Stock**

Beginn: 14:50 Uhr

Ende: 17:21 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl bis 17:18 Uhr
Ludwig Fröhlich
Harald Güller
Bernhard Hannemann
Dr. Michael Higl
Ursula Jung
Georg Klaußner
Albert Lettinger bis 17:18 Uhr
Heinz Liebert
Bernd Müller
Dr. Simone Strohmayer
Karl-Heinz Wagner
Mathilde Wehrle

Verwaltung:

Ulrich Gerhardt
Thomas Huber
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Gabriele Wagner, Jobcenter Augsburger Land (zu TOP 4)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Nichtöffentliche Sitzung

1. Personalkosten 2012
2. Verschiedenes
3. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

4. Kreishaushalt 2012 - 3. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs und Empfehlung an den Kreistag
Vorlage: 12/0026
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung**TOP 4 Kreishaushalt 2012 - 3. Lesung;
 Behandlung des Verwaltungsentwurfs und Empfehlung an den Kreistag
 Vorlage: 12/0026****Sachverhalt:**

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 (Stand: 23.12.2011) wurde als KT-Vorlage 11/0348 am 09.01.2012 in den Kreistag eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging dabei zunächst von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 6.389.400 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 10.938.800 € (einschließlich KfW-Kredit für die Sanierung der Turnhalle beim Gymnasium Königsbrunn) enthalten, die sich bei Berücksichtigung aller Einzelpositionen auf Zusatzlisten noch verändert hätte.

Gegenüber dem Ausgangsstand vom 23.12.2011 wurde dessen Veränderung im Rahmen der zweiten Lesungen schriftlich und im mündlichen Sachvortrag bekannt gegeben. Der Kreisausschuss hat hierzu bereits am 30.01.2012 über die in der Kreisausschussvorlage (Ifd. Nrn. 1 bis 120 im weißen Teil der Verwaltungsvorlage) enthaltenen Positionen sowie über die in die Zusatzliste für den Kreisausschuss aufgenommenen Einzelpositionen in nahezu allen Positionen entschieden.

Empfehlende Beschlüsse zum Verwaltungsentwurf wurden in den zweiten Lesungen daneben in folgenden Sitzungen gefasst:

31.01.2012	Jugendhilfeausschuss
01.02.2012	Schul- und Kulturausschuss
02.02.2012	Bau-, Umwelt- und Energieausschuss
03.02.2012	Ausschuss für Personal, EDV und Organisation

Veränderungen seit dem 23.12.2011 müssen nun aufgrund der Empfehlungsbeschlüsse und durch Fortschreibungen seitens der Kreisfinanzverwaltung (gegliedert nach Fachausschüssen) vom Kreisausschuss am 13.02.2012 behandelt werden. Hierdurch verändert sich nochmals der ungedeckte Bedarf; die notwendige Kreditaufnahme ist ebenfalls anzupassen.

Der Bezirkstag hat in seiner Sitzung am 15.12.2011 entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Bezirksausschusses vom 02.12.2011 über die Höhe der Bezirksumlage 2012 entschieden und diese um 1,5 Hebesatzpunkt auf nunmehr 23,9 Prozent erhöht.

Über die in den Veränderungslisten enthaltenen Empfehlungen der Fachausschüsse sowie über Fortschreibungen seitens der Kreisfinanzverwaltung (Anlage) wäre vom Kreisausschuss ebenso noch zu entscheiden, wie anschließend über eine Empfehlung an den Kreistag zum Abgleich des Kreishaushaltes 2012 unter Berücksichtigung der vom Bezirkstag am 15.12.2011 beschlossenen Höhe der Bezirksumlage 2012.

Am 05.03.2012 soll der Kreistag gemäß Art. 57 LKrO die Haushaltssatzung 2012 sowie den Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 beschließen und die Landkreisverwaltung beauftragen, den Haushaltsplan und Stellenplan 2012 samt Anlagen auf der Grundlage des Haushaltssatzungsbeschlusses als Druckwerk herzustellen soweit dieser bis zur Sitzung nicht schon vorliegt.

Ein vorläufiger Finanzplan für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum der Jahre 2011 bis 2015 mit einer Übersicht der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen für diesen Zeitraum liegt ebenso bei. Aus diesen Unterlagen sind die in den Jahren 2013 bis 2015 vorgesehenen Einnahme- und Ausgabeentwicklungen ersichtlich. Bezüglich der investiven Ausgaben darf insbesondere auf das vom Bau- und Umweltausschuss beschlossene Investitionsprogramm für den Tiefbau- und den Hochbaubereich Bezug genommen werden sowie auf die möglichen Ergänzungen im Zuge der zweiten Lesung des Kreishaushaltes 2012 in der Sitzung am 02.02.2012.

Landrat Sailer erklärt, es sei Wunsch im letzten Kreisausschuss gewesen, das Thema Amazon intensiver zu beleuchten und begrüßt hierzu die Geschäftsführerin des Jobcenters, Gabriele Wagner.

Frau Wagner informiert über das „Projekt Amazon“ anhand der dieser Niederschrift beiliegenden Präsentation.

Kreisrat Hannemann erklärt, der geschilderte Aspekt, dass die Ansiedlung darauf abfärbe, im Umkreis ggf. höhere Löhne zu zahlen, hätte er so nicht erwartet. Ferner erkundigt sich Kreisrat Hannemann nach der Möglichkeit, die Fa. Amazon im Rahmen der Kreisausschusssitzung in Schwabmünchen zu besichtigen.

Kreisrat Klaußner führt an, es sei zutreffend, dass auch schwer vermittelbare Menschen ohne Amazon keinen oder nur unter schwierigen Voraussetzungen einen Arbeitsplatz gefunden hätten. Es sei dem Jobcenter gelungen, dass auch diejenigen ohne Ausbildung angelehrt und damit wieder dem Arbeitsmarkt zugeführt werden konnten. Dadurch könnten die öffentlichen Haushalte insgesamt entlastet werden. Dies sei für ihn auch in Bezug auf die Buslinie ein Argument gewesen.

Frau Wagner berichtet, dass das Jobcenter auch viele Kunden mit Hafthintergrund bei Amazon platzieren konnte. Da Amazon über strenge Kontrollen zur Verhinderung von Diebstählen verfüge, sei die Firma bereit gewesen, solchen Leuten eine Chance zu geben.

Kreisrat Liebert kommt auf den ursprünglichen Grund zurück, warum Frau Wagner zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Bei der Frage, ob eine Buslinie von Bobingen zu Amazon und umgekehrt eingerichtet werden soll, sei überlegt worden, ob man Amazon nicht dazu zwingen könne, die Buslinie deswegen zu bezuschussen, weil zu wenig Lohn bezahlt werde. Diese Frage wurde von Frau Wagner heute klar beantwortet. Amazon bezahle die Mitarbeiter mit 9,60 €/Std. ordentlich. Die Frage sei nun, ob der Landkreis Amazon zusätzlich dazu animieren könne, sich an den Buskosten zu beteiligen. Die Antwort müsse eigentlich nein lauten.

Hinzu komme, dass 246 Personen einen Jahresvertrag erhalten hätten. Diese Personen seien beim Landkreis bisher als Ausgabeposition im Einzelplan 4 enthalten gewesen und würden nun ersatzlos wegfallen. Hieraus ergebe sich ein Einsparpotenzial von 1 Mio. € auf das Jahr gerechnet. Die Frage, ob sich die Wirtschaftspolitik in Form der Ansiedlungspolitik auf den Kreishaushalt positiv ausgewirkt habe, sei daher mit Ja zu beantworten.

Kreisrat Güller meint, man könne Amazon gerne einmal besichtigen. Er sehe die Situation aus gewerkschaftlicher Sicht in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (Sicherheitsschleusen, Pausenregelungen, Führungsstil) allerdings nicht ganz so positiv. Diese Fragen dürften jedoch den Kreisausschuss hier nicht bewegen. Die Frage des Kreisausschusses sei gewesen, ob man den Bus mit bezahlen solle oder nicht. Hierzu habe man eine Entscheidung getroffen und heute noch zusätzliche Erläuterungen bekommen. Wenn dem so sei, dass dadurch auch bei Leiharbeitsfirmen die Löhne in der Region anziehen, dann sei dies ein positiver Effekt.

Kreisrat Hannemann erklärt, es sei gut gewesen, dass sich der Landkreis hier engagiert habe. Auch er werde aber mit der Frage konfrontiert, für was man sich eigentlich engagiert habe. Daher wäre es ihm schon ein Bedürfnis, sich selbst ein Bild davon zu machen, so Kreisrat Hannemann, als sich nur auf allgemeine, punktuelle Informationen zu verlassen.

Kreisrätin Jung teilt mit, sie betrachte dies eigentlich als Werksverkehr. Andere Firmen hätten auch Werksverkehre und würden diese selbst finanzieren. Die Diskussion sei aufgenommen, weil vom 2- auf den 3-Schicht-Betrieb umgestellt wurde.

Grundsätzlich sei es schon so, dass man als großer Arbeitgeber das Lohnniveau etwas anheben könne. Es sei auch positiv, wenn Langzeitarbeitslose wieder in normale Strukturen und Arbeitsabläufe hineinfinden. Kreisrätin Jung meint, man könne die Buslinie natürlich als Wirtschaftsförderung für Neueinsteiger bezeichnen, sie sehe dies aber trotzdem kritisch.

Landrat Sailer legt dar, die Zahlen hätten gezeigt, dass die Ansiedlung ein echter Erfolg für den Landkreis sei. Wenn im Lohnniveau abseits von Amazon Bewegung nach oben entstanden sei, dann sei dies ebenfalls mehr als erfreulich. Die internen Probleme müssten zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geklärt werden. Dies gehöre nicht zu den Aufgaben des Landkreises. Landrat Sailer bedankt sich bei Frau Wagner daraufhin für die Mitarbeit und das Engagement des Jobcenters in dieser Angelegenheit.

Im Anschluss daran tritt der Kreisausschuss in die 3. Lesung des Kreishaushaltes ein. **Herr Seitz** verweist auf die in der vergangenen Woche versandte Fortschreibung zum Kreishaushalt 2012. Nach allen eingearbeiteten Veränderungen ergebe sich momentan ein Kreditbedarf in Höhe von 12,4 Mio. € sowie ein ungedeckter Bedarf im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.356.200 €. Dies würde einer Erhöhung der Kreisumlage um 0,75 Punkte auf 49,75 % entsprechen.

In der heutigen Sitzung seien noch einige Punkte abzuarbeiten. Dies sei zum einen das Thema Amazon. In der zurückliegenden Sitzung wurde beschlossen, die für die Buslinie notwendigen 46.000 € aus dem 400.000 €-Paket zu entnehmen und diesen Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen. Herr Seitz bittet in der heutigen Sitzung aufgrund der dazu erfolgten Sachverhaltsdarstellung um Wegfall des Sperrvermerks.

Ebenfalls noch nicht entschieden sei das Thema MANSIO, welches auch noch nicht in den Haushalt eingearbeitet sei. Als weiteren Punkt spricht Herr Seitz die Dachsanierung der Turnhalle in Bobingen an. Im Schul- und Kulturausschuss wurden für diese Maßnahme 200.000 € eingestellt. Mittlerweile habe es Gespräche zwischen den Beteiligten gegeben, in denen die Notwendigkeit und Ursache der Sanierungsmaßnahme von Bgm. Müller nochmals unterstrichen wurden. Es werde darum gebeten, die Mittel in Höhe von 563.000 € insgesamt in den Haushalt einzustellen. Ganz aktuell sei noch ein Schreiben der Stadt Bobingen in Sachen Radweg Waldberg-Reinhartshausen eingegangen. Die Grunderwerbsfrage könne anscheinend nun über Alternativen gelöst werden. Nachdem der Landkreis hierfür keine Förderung bekomme, werde vorgeschlagen, dass die Stadt Bobingen selbst Maßnahmenträgerin werde und der Landkreis einen entsprechenden Zuschuss gebe. Um handlungsfähig zu sein und eine entsprechende Zahlungsvereinbarung abschließen zu können, sollte zumindest eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 560.000 € für das Haushaltsjahr 2013 in den Haushalt 2012 aufgenommen werden.

Landrat Sailer teilt mit, dass die Planungskosten für den Radweg bereits im Haushalt enthalten sind, so dass nächstes Jahr mit dem Bau begonnen werden könnte. Bezüglich der Dachsanierung der Turnhalle werde nach Rücksprache in der Fraktionsvorsitzendenrunde vorgeschlagen, statt 200.000 € nun 560.000 € in den Vermögenshaushalt einzustellen. Zur MANSIO sei heute ein Antrag der Freien Wähler eingegangen, das Thema im Kreistag zu besprechen und dann im Kreistag hierüber abzustimmen.

Kreisrat Liebert stellt fest, dass sich diese Neuerungen mehr oder weniger im Vermögenshaushalt abspielen. Die Turnhalle werde zu 25 % von Schülern der Stadt Bobingen sowie zu 75 % von Schülern der Realschule genutzt. Mit dieser Quote hätte sich der Landkreis an der Dachsanierung zu beteiligen. Die CSU-Fraktion sei in ihrer intensiven Diskussion zu diesem Thema auf ein paar Fragen gestoßen, die heute in der Fraktionsvorsitzendenrunde geklärt werden konnten. Es lägen weder Planungs- noch Ausführungsfehler vor. Vielmehr sei die eingetretene Situation dem Wetter geschuldet. Fest stehe nun auch, dass das komplette Dach saniert werden müsse. Deswegen bleibe wohl keine andere Möglichkeit, als über den Haushaltsansatz von 200.000 € hinaus noch den Unterschiedsbetrag in Höhe von 360.000 € in den Haushalt einzuarbeiten. Dies sei nicht kreisumlagenrelevant, erhöhe aber die Kreditaufnahme entsprechend.

Zum Radweg merkt Kreisrat Liebert an, diese Vorgehensweise sei ungewöhnlich, aber sehr plausibel. Es handle sich dabei um ein Nullsummenspiel für den Landkreis. Es sei vernünftig, die Maßnahme wie vorgeschlagen im Jahr 2012 zu planen und eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2013 vorzusehen.

Kreisrat Güller befürwortet den Vorschlag in Sachen Radweg, wenn dies zuschusstechnisch so machbar sei. In anderen Kommunen habe man die Radwege entlang der Kreisstraßen bezahlt, weshalb auch die SPD-Fraktion natürlich bereit sei, diese Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt aufzunehmen.

Zur Dachsanierung der Turnhalle in Bobingen seien berechtigterweise einige Fragen gestellt worden. Günstiger wäre es gewesen, das Dach in die Sanierung im letzten Jahr hineinzunehmen. Die Stadt Bobingen habe die Fragen nun beantwortet. Wie vorhin in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung dargelegt, werde diese Auffassung von der Bauabteilung des Landkreises geteilt. Daher sollte der Ansatz in Höhe von 563.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Kreisrat Hannemann schließt sich hinsichtlich dieser beiden Punkte seinen Vorrednern an. Was zur Dachsanierung vorgetragen wurde, sei schlüssig. Nichts desto trotz sollte man solche Entwicklungen zum Anlass nehmen, nochmals kritisch in sich zu gehen und zu sehen, ob man nicht noch besser werden könne. Für einen Außenstehenden sei nur schwer darstellbar, dass ein Gebäude untersucht wurde und dabei ein so eminenter Schaden gänzlich unbeachtet geblieben sei. Bei zukünftigen Objekten sollte man hieraus lernen und den Auftrag weiter fassen.

Heute gehe es um die Frage der Finanzierung. Der Landkreis sollte sich an der Dachsanierung mit der entsprechenden Summe beteiligen, auch wenn er nicht Eigentümer der Immobilie sei.

Kreisrat Müller macht deutlich, dass sich die Stadt Bobingen, die einen nicht unerheblichen Anteil an den Kosten selbst zu tragen habe, sehr wohl Gedanken darüber gemacht habe, ob man das Dach im Vorfeld hätte sanieren können. Das Problem bei diesen Dächern sei konstruktionsbedingt. Der aufgetretene Schaden sei erst nach der Generalsanierung aufgetreten. Sowohl das Bauamt der Stadt Bobingen, der beauftragte Architekt sowie die Bauverwaltung des Landkreises konnten diesen Mangel zum Zeitpunkt der Gesamtsanierung nicht erkennen, weil er noch nicht vorgelegen habe. Die Stadt Bobingen sei bemüht, in Gesprächen mit der Regierung von Schwaben noch zu eruieren, inwiefern diese Maßnahme nachträglich in die Fördermaßnahme aufgenommen werden könne. Dies könnte noch zu einem deutlich niedrigeren Anteil des Landkreises führen.

Zum Radwegeprojekt merkt Kreisrat Müller an, dies sei kein neues Projekt. Vielmehr befinde sich das Projekt bereits seit ca. 10 Jahren im Ausbauprogramm des Landkreises. Die Neuerung sei die, dass die Stadt Bobingen als Straßenbaulastträger auftrete, um eine Förderung zu erhalten. In diesem Zusammenhang könnte zudem gleich ein Lehrrohr zur DSL-Versorgung der westlichen Ortsteile von Bobingen verlegt werden, was auch etwas mit Wirtschaftsförderung zu tun habe.

Auch **Kreisrätin Jung** unterstützt den Bau des Radwegs. Zum Turnhallendach merkt sie an, dass der Landkreis die Hallensicherheit gewährleisten müsse. Es sei nun einmal so, dass solche alten Flachdachbauweisen im Nachhinein viele Mängel aufweisen. Die Baufachleute vor Ort wie auch das Landratsamt hätten sich mit der Sache beschäftigt. Kreisrätin Jung erklärt, sie vertraue diesem Sachverständnis und gehe davon aus, dass der zu bildende Ansatz realistisch sei.

Kreisrat Buhl spricht sich ebenfalls für die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung für den Radweg aus. Zur Turnhalle Bobingen stellt er fest, der Landkreis sei mit 75 % Hauptnutzer und wäre daher schlecht beraten, jetzt nichts zu tun. Man dürfe die Stadt Bobingen und vor allem die Kinder dort nicht im Regen stehen lassen. Hinsichtlich möglicher Zuschüsse seitens der Regierung von Schwaben informiert Kreisrat Buhl über ein im Dezember geführtes Gespräch, wonach das Konto für das Konjunkturpaket II mittlerweile bei null angelangt sei. Vielleicht habe man aber auch Glück und erhalte noch eine Förderung.

Landrat Sailer meint, man sollte zumindest nichts unversucht lassen. Anschließend spricht er den noch offenen Punkt Amazon an.

Der Kreisausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, den Ansatz in Höhe von 46.000 € für die vorübergehende ÖPNV-Anschließung ohne Sperrvermerk im Haushalt vorzusehen.

Darüber hinaus verweist **Landrat Sailer** auf den vorliegenden Antrag der FW-Fraktion zum Thema MANSIO.

Kreisrat Hannemann führt aus, er habe das Thema MANSIO nun über längere Zeit verfolgt. Neben den schon umfangreich ausgetauschten Aspekten seien zwei Aspekte etwas untergegangen. Man habe lange beklagt, dass die Regio im Bereich Tourismusförderung zu wenig für den Landkreis tue. Mit der MANSIO sei von Götz Beck ein Projekt vorgestellt worden, das sich positiv entfalten könnte. Der zweite Aspekt sei noch viel wesentlicher. Über einen längeren Zeitraum habe man gegenüber der Kommune signalisiert, dass sie ihre Hausaufgaben zu machen habe. Diese Hausaufgaben wurden inzwischen gemacht, wozu es auch keine Beanstandungen gebe. Wenn man solche Anforderungen stelle und diese erfüllt werden, dann sollte man die Konsequenzen daraus ziehen. Dies habe auch etwas mit Vertrauen in die Politik zu tun. Vor Verabschiedung des Haushaltes sollte daher nochmals über die Ko-Finanzierung abgestimmt und dieses Ergebnis festgehalten werden.

Kreisrätin Dr. Strohmayer teilt mit, sie habe sich ebenfalls intensiver hiermit beschäftigt. Man könnte nun sagen, der Landkreis sei für dieses Projekt nicht zuständig. Auf der anderen Seite sei der Tourismusbereich doch ein übergeordneter Bereich. Man müsse sich Gedanken darüber machen, wie die Tourismusförderung im Landkreis aussehen sollte.

Im Landkreis Aichach-Friedberg gebe es Gesamtkonzepte, die mittlerweile sehr gut laufen und in denen sich die Region engagiere. Die Frage sei, warum man im Landkreis nicht etwas Ähnliches mache, das den gesamten Landkreis mit einbeziehe.

Sicherlich stelle sich die Frage, ob das Projekt genau so bzw. in dieser Größenordnung sein müsse. Dies sei sicherlich ein Projekt, das sich in seiner gesamten Konstellation noch ausbauen lasse. Immer wieder wurde auch geäußert, warum die MANSIO gerade in Zusmarshausen entstehen soll, da es dort nicht einmal einen eigenen Römerverein etc. gebe. Es werde wirklich versucht, dieses Projekt vor Ort zu verankern. In den letzten Wochen hätten hierzu viele Gespräche stattgefunden. Besonders gut sei es, dass versucht werde, für die Schulklassen etwas zu bieten. Kreisrätin Dr. Strohmayer wirft die Frage auf, ob es eventuell noch einen Kompromiss geben kann. Würde das Projekt auf die kommenden Jahre verschoben, dann sei zu befürchten, dass das Projekt dann endgültig gestorben sei. Vielleicht könnte der erforderliche Betrag auf zwei Jahre verteilt oder auch darüber nachgedacht werden,

einen Sperrvermerk zu setzen und die Zuschussgewährung von gewissen Bedingungen abhängig zu machen. So würde man sich zumindest die Option offen halten.

Von **Kreisrat Güller** wird angeführt, dies sei kein grundsätzliches Thema der Demokratie und Glaubwürdigkeit. Es gebe in allen Fraktionen verschiedene Auffassungen zur MANSIO. Nicht alle Kolleginnen und Kollegen würden es wie Kreisrat Hannemann sehen, dass die Fragen so beantwortet wurden, dass ein nachhaltiger und langfristiger Betrieb der MANSIO gewährleistet sei.

Kreisrat Güller betont, für ihn persönlich sei die Situation eindeutig. Wenn er völlig überzeugt davon wäre, dass die MANSIO über zehn Jahre oder länger laufen würde und der Betrieb gesichert wäre, dann wäre dies eine Aufgabe des Landkreises im Rahmen der Tourismus- und Wirtschaftsförderung. Es wäre deshalb gut, wenn es eine Zwischenlösung, z. B. in Form einer Verpflichtungsermächtigung, geben könnte. Jedoch sieht Kreisrat Güller nach den aus Zusmarshausen kommenden Antworten keinen Weg dahin. Die Entscheidung werde in den nächsten Wochen zu fällen sein. Darum führe man das Thema sowohl heute als auch im Kreistag einer Klärung zu.

Kreisrat Güller warnt jedoch davor, dieses Thema nun zu einem Glaubwürdigkeitsproblem zu machen, nur weil man Fragen gestellt habe. Die Politiker hätten zu bewerten, ob man aufgrund der entsprechenden Antworten das Geld guten Herzens ausgeben könne. Bei der Abstimmung im Kreistag sollte beachtet werden, um welchen Betrag es insgesamt gehe und dass der Kreistag auch noch über andere, größere Beträge zu diskutieren habe.

Kreisrätin Wehrle erklärt, sie wolle als einzige Vertreterin ihrer Fraktion aus dem westlichen Landkreis Stellung zur MANSIO und auch zum Standort nehmen. Durch die Anlage einer Infrastruktur wurde die Region über Kaiser Claudius über die Via Claudia Augusta an das römische Imperium angeschlossen. Die römische Staatsstraße „Via Publica“ vernetzte den süddeutschen Raum mit Norditalien. Gerade in den letzten Jahren sei ein Wandel von antiquierten und staatlichen Museumsausstellungen zu wissenschaftlich-fundierten, erlebnisorientierten sowie didaktischen und visuell aufbereiteten Ausstellungen zu verzeichnen. Dabei gehe es um Erlebniswelten, die sich über Einmaligkeit, Interaktion und Inszenierung definieren.

Man sei sich einig gewesen, dass man den Event-Charakter, die touristische Attraktion, in den Vordergrund rücken wolle. Wenn ein Fundort einer MANSIO irgendwo im Wald läge – ohne Infrastruktur – wäre dies deutlich ungünstiger, als z. B. das Umfeld um den Rothsee attraktiver zu gestalten und für den Tourismus noch interessanter zu erschließen. Kreisrätin Wehrle gibt zu verstehen, dass für sie das Thema noch nicht schlüssig genug behandelt ist, um Ja zu sagen. Für sie sei das Thema aber überhaupt nicht schlüssig behandelt, um Nein zu sagen. Sie wäre daher für eine Aufschiebung der Maßnahme, um das Projekt nicht sterben zu lassen.

Kreisrat Liebert erklärt, er gehöre zu denen, die eine klare Linie bevorzugen. Seine Fraktion habe keine einheitliche Meinung zustande bringen können. Etwas Fundiertes, historisch Nachgewiesenes konnte er aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen bisher nicht herauslesen, so Kreisrat Liebert. Dies sei aber nicht das Entscheidende. Entscheidend sei vielmehr, ob sich der Landkreis im Rahmen seiner Kompetenzen hier engagieren solle oder nicht. In der CSU-Fraktion habe es eine eindeutige Richtung gegeben. Demnach sollen in den Haushalt 2012 hierfür keine Mittel eingestellt werden. Dies werde man auch im Kreistag so vertreten.

Einige Dinge seien noch zu klären. Kreisrat Liebert merkt an, er persönlich könne sich nicht vorstellen, dass eine Baumaßnahme mit einem Finanzvolumen von über 500.000 € mit einem personellen Aufwand und einem Sachaufwand von 12.900 € umgetrieben werden solle. Diese Zahlen seien stark zu hinterfragen. Dies solle von einem Verein aufgebracht werden, der – wie aus einem Leserbrief entnommen werden konnte – ganze 28 Mitglieder umfasse.

Es sei immer von einstimmigen Beschlüssen des Marktes Zusmarshausen die Rede. Kreisrat Liebert interessiert sich dafür, ob der Marktgemeinderat einstimmig hinter diesem Vorhaben steht. Angeblich gebe es einen Ausschussbeschluss, wonach ein Betrag in den Haushalt eingestellt werden soll. Erst wenn der Haushalt verabschiedet sei, gelte der Betrag auch als eingestellt. Hinzu komme die Tatsache, dass in anderen Gemeinden ebenfalls solche Projekte umgesetzt werden könnten. Dies rieche nach Bezugsfällen.

Auch die CSU-Fraktion sei der Meinung, dass EU-Mittel nicht verloren gehen dürften. Dies sei aber nicht die Kardinalfrage, so Kreisrat Liebert.

Von **Kreisrätin Jung** wird daran erinnert, dass es ihre Intention in den ersten Beratungen gewesen sei, diese Position nicht in den Haushalt aufzunehmen. In der Fraktion sei dies dann unterschiedlich diskutiert worden. Man sei zu dem Kompromiss gekommen, die Maßnahme aufzuschieben oder auf zwei Jahre zu splitten. Mit Sicherheit werde es zu Präzedenzfällen kommen. Die MANSIO würde die Attraktivität der Region durchaus erhöhen. Gut vorstellbar sei auch die Begleitung durch die Regio Augsburg Tourismus GmbH. Der laufende Betrieb müsse vor Ort geregelt werden. Um dies aber mit 12.900 € betreiben zu können, müsse viel im ehrenamtlichen Bereich geschehen.

Kreisrat Buhl schließt sich im Wesentlichen den Aussagen des Kollegen Liebert an. Er habe dabei kein schlechtes Gewissen, da er von Anfang an erklärt habe, er brauche die MANSIO an dieser Stelle nicht. Er habe als „Politik“ – wie vom Kollegen Hannemann dargestellt – in diesem Fall noch nie Hoffnungen geweckt.

Kreisrat Hannemann vertritt die Auffassung, dass der Landkreis durchaus einmal etwas riskieren könnte, obwohl man im Voraus keine sichere Prognose abgeben könne. Dies habe man damals bei der Freiwilligenagentur gemacht und werde es auch in Zukunft öfters tun. Wenn man neues Land betreue, sei immer ein Risiko damit verbunden. Das Hauptrisiko trage hier aber definitiv nicht der Landkreis, sondern die betroffene Kommune. Es sollte nicht Richtschnur des Handelns sein, immer nur noch die Dinge zu beschließen, von denen man sich eine 100 %ige Erfolgchance erwarte.

Ferner glaubt Kreisrat Hannemann, dass hierdurch immer Bezugsfälle geschaffen werden. Man müsse sehen, um was es konkret vor Ort gehe. In Zusmarshausen seien Jugendeinrichtungen in der Nähe, die hierdurch bereichert werden könnten. Es gehe auch um Zuschüsse. Wenn Fragen da seien, dann solle man diese konkret stellen, so Kreisrat Hannemann. Aus seiner Perspektive seien die Fragen beantwortet. Dann müsse man eben klar sagen, was man vom Markt Zusmarshausen erwarte. Es sei ärgerlich, wenn in dieser Weise nachtarockt werde. Deshalb wolle die FW-Fraktion nun eine klare Zäsur haben und hierüber im Kreistag abstimmen lassen. Wenn das Projekt dann mehrheitlich abgelehnt werde, sollte man auch konsequent dazu stehen.

Kreisrat Liebert stellt nochmals die Auffassung seiner Fraktion dar, wonach wegen der Bezugsfälle in Königsbrunn, Gersthofen und Meitingen überhaupt keine Mittel für die MANSIO bereitgestellt werden sollen, und zwar auch nicht in kommenden Haushaltsjahren. Man wolle diesbezüglich keine Hoffnungen wecken.

Kreisrat Lettinger informiert darüber, dass ein einstimmiger Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses des Marktes Zusmarshausen vorliegt, im Haushaltsentwurf die Gesamtfinanzierung gemäß der Zuschussanträge darzustellen. Der Gemeinderat werde sich dann vorbehaltlich der Zuschusszusagen entscheiden müssen. Man müsse dies von der Gesamtfinanzierung abhängig machen. Es sei nicht so einfach, die Maßnahme einfach zu verschieben, da die Leader-Förderung 2013/14 auslaufe. Dann würden die Karten neu gemischt. Kreisrat Lettinger erklärt, er sehe die ganze Sache auch im Bereich Wirtschaftsförderung für den Landkreis. Er bedauere, dass man sich immer sehr schwer damit tue, im Westen des Landkreises etwas zu platzieren. Seit 2005 rede man über die Realschule, deren Erweiterung und die Mensa. Nun komme 2012 endlich der Spatenstich. In anderen Teilen des Land-

kreises gehe vieles schneller. Kreisrat Lettinger bittet abschließend darum, nun eine Entscheidung zu fällen. Der Markt Zusmarshausen müsse wissen, wie es weiter gehe.

Landrat Sailer fasst zusammen, dass der Vorschlag der meisten Fraktionen somit lautet, dass keine Mittel für die MANSIO in den Haushalt 2012 und auch nicht in spätere Haushalte eingestellt werden sollen.

Kreisrat Dr. Higl betont, es gehe nun um eine klare Aussage, nicht darum, ob man dies einem Verein zutraue oder nicht. Die Frage sei eher, über wie viel Kreisumlage und Verschuldung man später rede. Die Bildung sei im Haushalt des Landkreises ein hohes Gut. Wenn man jetzt einen neuen Schwerpunkt „Tourismusförderung“ im Landkreis setze, dann bedeute dies, dass man nicht nur über 100.000 €, sondern mittelfristig über viel mehr Geld rede. Außerdem gibt Kreisrat Dr. Higl zu verstehen, er wolle sich nur ungern von der Leader-Förderung vorschreiben lassen, wie der Landkreis zu entscheiden habe.

Kreisrat Lettinger meint, man dürfe dies jetzt nicht ganz auf die Touristikseite ziehen. Es seien auch Bildungseinrichtungen mit im Boot.

Landrat Sailer lässt anschließend über die Aufnahme der auf der Zusatzliste stehenden Mittel in den Haushalt abstimmen. 4 Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Aufnahme in den Haushalt auf, 11 Ausschussmitglieder dagegen.

Als weiteren Punkt spricht Landrat Sailer die Entwicklung des Kreisumlagenhebesatzes an. Es sei noch ein ungedeckter Bedarf in Höhe von 1.356.200 € vorhanden.

Kreisrat Buhl stellt für seine Fraktion den Antrag, die Kreisumlage in Höhe der Weitergabe der Bezirksumlage um 1,5 Punkte auf 50,5 % anzuheben.

Die Gremien des Kreistages – Jugendhilfeausschuss, Schul- und Kulturausschuss, Bau-Umwelt- und Energieausschuss, Ausschuss für Personal, EDV und Organisation sowie der Kreisausschuss – hätten in jeweils zwei Lesungen gewissenhaft den umfangreichen Haushalt des Landkreises beraten. Gestartet mit einem ungedeckten Bedarf von knapp 6,5 Mio. € konnten die Mitglieder des Kreistages diesen ungedeckten Bedarf sowie eine Reihe von Einzelpositionen auf Zusatzlisten auf nunmehr knapp 1,5 Mio. € reduzieren. Dies zeige doch, dass sehr verantwortungsbewusst mit den Steuermitteln der Umlagenzahler umgegangen wurde.

Allerdings, und dies sei auch ein Teil der Wahrheit, wurde im Rahmen der Beratungen die Kreditaufnahme für die große Baumaßnahme Sanierung Dach Landratsamt um 1,5 Mio. € aufgestockt. Wie gerade vorher diskutiert, komme nun noch das Dach der Sporthalle in Bobingen dazu.

Es könne nicht sein, dass der Landkreis auf Dauer notwendige Maßnahmen nur noch über Kreditaufnahmen finanziere und damit die Höhe der Schulden exorbitant nach oben treibe. Hier sei der Schulterschluss der kommunalen Familie gefordert. Im Rahmen der Beratungen wurden immer wieder Stimmen laut, die auf die derzeit so günstige Zeit für Kreditaufnahmen hinwiesen. Dies gelte aber auch und gerade für die Kommunen im Landkreis und nicht nur für diesen selbst.

Kreisrat Buhl wirft die Frage auf, wie der Haushalt und dabei ein ungedeckter Bedarf entstehen, ob im Landratsamt ein geldgieriger Landrat und eine nicht minder gierige Verwaltung oder am Ende dort Kreisräte sitzen, die für Ihre jeweilige Lebensregion und natürlich auch darüber hinaus im laufenden Jahr viele Wünsche, Anregungen und Forderungen haben, die sich im vorliegenden Zahlenwerk niederschlagen.

Eine besondere Rolle spiele dabei eine lose zusammengewürfelte Fraktion, und zwar die Fraktion der Bürgermeister. Je nachdem, ob man auch die weiteren Bürgermeister dazu nehme, habe diese Fraktion eine beachtliche Stärke im Kreistag - sowohl stimmenmäßig als auch in den Fragen der Redebeiträge.

Eigentlich, so habe vor über zwanzig Jahren ein erfahrener Kreisrat gesagt, gehören Bürgermeister nicht in den Kreistag und Landräte nicht in den Bezirkstag. Heute wisse er, was der erfahrene Kollege gemeint habe, so Kreisrat Buhl.

Der Landkreis habe in diesem Jahr wieder gewaltige Anstrengungen für den Schwerpunkt Bildung im Haushalt verankert; nicht nur investiv. Alle Regionen im Landkreis würden von diesen Anstrengungen zu einem Vorzeige-Bildungslandkreis profitieren. Nicht nur die jeweilige Standortgemeinde einer weiterführenden Schule könne daraus Vorteile generieren; nein – die ganze Region blühe damit auf, wie man aus der Erfahrung wisse. Die Frage sei, ob es da nicht angemessen wäre, diese Regionen auch bei der Finanzierung dieser Vorhaben zu beteiligen. Die FDP/ödp-Fraktion finde, dies gebiete sich als selbstverständlich, zumal in einer Zeit, in der kaum ein Tag vergehe, in der nicht die glänzende finanzielle Lage der Gemeinden oder Städte in den Medien verkündet werde, und zwar beileibe nicht nur von Berichterstatern, sondern sehr seriös auch von den Gemeinde-Oberhäuptern.

Kreisrat Buhl teilt mit, die Realisten unter den Landkreisgemeinden hätten schon lange die von ihm geforderten Erhöhungen im Geiste in ihre Haushalte eingeplant. Man tue nur überrascht, wenn dies dann auch komme. Die lautesten Bedenken-träger von Erhöhungen – dies sollten sich die kleineren Gemeinden auch einmal zu Gemüte führen – seien die, die die finanziellen Erhöhungen ohne Not verkraften könnten. Es seien aber auch die, wie vorher ausgeführt, die wortstark über das Jahr alle Beschlüsse mittragen.

Bei einem gefühlten Zustimmungsgrad der Entscheidungen im Kreistag von ca. 95 % oder mehr, die einstimmig auf den Weg gebracht würden, sei es schon ein wenig scheinheilig, sich am Ende des Jahres über den hohen Finanzbedarf des Landkreises zu wundern.

Kreisrat Buhl nennt als Beispiel den Personalhaushalt. Die Landräte hätten den Bezirk kritisiert, weil dieser ohne weitere Fakten 3 % pauschale Erhöhungen einplante. Der Ansatz wurde dann auf 2,25 % risikobehaftet reduziert. Die Landkreise selbst aber würden schwabenweit selbst mit über 4 % Erhöhungen einen kräftigeren Schluck aus der Pulle nehmen. Aber auch darin würden Entscheidungen des letzten Jahres im Personalausschuss stecken, wie z. B. Stellenneuschaffungen im Umweltbereich oder in der Jugendprävention, und zwar beschlossen von Kreisräten. Es sei also beileibe nicht so, dass sich die Verwaltung hier ausschließlich selber bediene. Dennoch möchte Kreisrat Buhl an dieser Stelle für seine Fraktion anmerken, dass der Personalhaushalt künftig sehr auf Sparflamme gedreht werden müsse. Dieser Appell gehe mehr an die Politik. Er wolle sich nicht rückblickend weiter auslassen, weshalb der Landkreis gerade im Bildungsbereich so enorme Anstrengungen unternehmen müsse. Dies sollte die in der Vergangenheit als Mehrheitsfraktion regierende CSU selber zum Nachdenken anregen.

Ergänzend verweist Kreisrat Buhl auf den Antrag seiner Fraktion, die Grundsicherung betreffend mit dem Tenor: „Der Kreistag des Landkreises Augsburg wird im Zuge seiner Bildungsoffensive die in 2012 zu erwartenden Mehreinnahmen aus dieser Bundesentscheidung dem Bildungssektor widmen und stellt den Betrag für die Errichtung für das Gymnasium Diedorf ein.“

Kreisrat Buhl erinnert daran, dass vor einigen Jahren die damalige rot-grüne Bundesregierung die Grundsicherung mit auf den Weg gebracht hat. Dies sei sicher ein richtiger Schritt gewesen. Mit der Finanzierung wurden die Kommunen aber alleine gelassen. Der Bund habe nur 16 % übernommen. In 2012 werde die Bundesbeteiligung nun auf 45 %, im nächsten Jahr auf 75 % und in 2014 hoffentlich auf 100 % hochgefahren.

Zusammenfassend könne deshalb die FDP/ödp-Fraktion nicht erkennen, dass der Landkreis leichtfertig oder unwirtschaftlich mit Steuermitteln umgehe. Deshalb sollte das gesetzliche Prinzip der Umlageeinforderung ohne Wenn und Aber gelten. Man wolle nicht akzeptieren, dass der Landkreis seine Verschuldung ohne Not weiter erhöhe, nur damit die Gemeinden und Städte eine preiswerte Kreisumlage haben. Kreisrat Buhl erklärt, er wolle jetzt nicht unken. In zwei Jahren sei aber wieder Kommunalwahl. Dann werde dem Landrat vielleicht die

Höhe seiner Verschuldung von einigen Seiten zum Vorwurf gemacht. Die FDP/ödp-Fraktion stehe zu den Bildungsausgaben und trage auch die Ergebnisse der Ausschüsse mit. Die Gemeinden müssten sich aber an den gewaltigen Verbesserungen für die Regionen auch entsprechend finanziell beteiligen.

Von **Kreisrat Liebert** wird angemerkt, dass der Haushalt 2012 sicherlich kein Haushalt des „entweder - oder“, sondern ein Haushalt des „sowohl – als auch“ sein wird. Letztlich werde es darauf ankommen, einen tragbaren Kompromiss zwischen einer moderaten Verschuldung und einer moderaten Erhöhung der Kreisumlage zu finden. Die CSU-Kreistagsfraktion schlage vor, den Hebesatz der Kreisumlage um 0,75 %-Punkte auf 49,75 % der Umlagegrundlagen festzusetzen.

Begründet werde dies mit vier Schlagworten, zum einen mit der nahezu stagnierenden Umlagekraftsteigerung, die dem Landkreis einen marginalen Anteil von knapp 260.000 € einbringt, zum zweiten mit den enormen Bildungsinvestitionen, die alle gemeinsam beschlossen hätten, zum dritten mit einem von außen wirkenden Hebesatz der Bezirksumlage von + 1,5 %, den man nur zur Hälfte weitergeben möchte, und zum vierten mit einer Schlüsselzuweisung, die nicht so angestiegen sei, wie man sich dies erhofft habe.

Kreisrätin Jung schließt sich im Grundsatz der Forderung von Kreisrat Buhl an. Auch ihre Fraktion habe dahingehend diskutiert, dass man es sich durchaus vorstellen könne, die Erhöhung der Bezirksumlage an die Gemeinden durchzureichen. Wie man in der Zeitung lesen könne, sei die finanzielle Ausstattung und Lage der meisten Gemeinden durchaus positiv zu bewerten. Die Zinsen für die Kommunen seien auf dem Kreditmarkt genauso günstig wie für den Landkreis. Rechne man die Investitionen hoch, so investiere der Landkreis hauptsächlich in die Schulen, nachdem in der Vergangenheit viele Schulprojekte geschoben wurden. Es gebe Anträge der Grünen aus dem Jahr 2004, in denen bereits gefordert wurde, hier zu handeln. Die Kommunen würden von den Schulausbauten profitieren, da dies eine Aufwertung der Schullandschaft vor Ort darstelle. Kreisrätin Jung plädiert daher dafür, die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten. Mit Bedauern habe man beobachtet, wie vor allem der Ansatz für den Gebäudeunterhalt nochmals reduziert wurde. Es gebe noch ein paar andere Positionen, in denen ihre Fraktion die Schwerpunkte anders gesetzt hätte, so Kreisrätin Jung. Auch die Vorstellung ihrer Fraktion gehe in Richtung 1,5 % Kreisumlagenenerhöhung.

Kreisrat Hannemann teilt mit, dass in seiner Fraktion das Meinungsspektrum von 0 bis 1,5 % Erhöhung gegangen sei. Tatsächlich habe man mit der Idee angefangen, die Bezirksumlagenenerhöhung in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben. Andererseits habe die Verwaltung viel Spielraum zur Verwirklichung gegeben, so dass eine ganze Menge der ursprünglichen Zahlen abgearbeitet werden konnte. Um dem jetzt erreichten Status Tribut zu zollen, sollte man mit einer Erhöhung um 0,75 % einen Kompromiss finden, mit dem man Solidarität gegenüber den Kommunen zeige. Diese Solidarität müsse der Landkreis ggf. umgekehrt auch wieder einfordern, wenn man Projekte in der Zukunft verwirklichen wolle. Je nachdem, wie sich dann die wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen, müsse man auch wieder auf die Kommunen zugehen und sie an die Zurückhaltung erinnern, die der Landkreis jetzt im Jahr 2012 geübt habe.

Kreisrat Güller teilt mit, seine Fraktion werde den jetzt gemeinsam erarbeiteten Grundlagen zustimmen. Für seine Fraktion sei völlig klar, dass maximal eine Erhöhung um 0,85 % machbar sei. Ein Verständnis dafür, die gesamte Bezirksumlagenenerhöhung weiterzugeben, hätte es in der SPD-Fraktion nicht gegeben. Deswegen werde man den Antrag auf Erhöhung der Kreisumlage um 1,5 % auch eindeutig und einstimmig ablehnen. Die Situation sei anders, wie soeben dargestellt. Der Landkreis habe keine exorbitanten Schulden. Man habe dann exorbitante Schulden oder würde diese aufbauen, wenn der Landkreis über seine Verhältnisse leben würde und die laufenden, zu finanzierenden Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt werden könnten. Der Landkreis habe in den nächsten Jahren einen hohen An-

teil an Investitionen und habe schon hohe Investitionen in das Bildungswesen getätigt. Hier sei es auch einmal möglich, über einige Jahre hinweg Schulden zu machen. Die Situation sei leider so, dass in bestimmten Kommunen jedes Zehntel Kreisumlagerhöhung ohne eigene Schuld dazu führen würde, dass keine Investitionen mehr getätigt werden könnten und das soziale Leben darunter zu leiden hätte. Dies wäre jedoch eine dem Finanzausgleich des Freistaates Bayern geschuldete Diskussion. Bestimmte Belastungen im ländlichen Raum würden derzeit nicht mehr durch eine entsprechende Zuweisung des Freistaates abgedeckt. Man habe zur Kenntnis genommen, dass der Antrag der CSU – eine Zuführung zur Schuldentilgung und damit eine zusätzliche Erhöhung der Kreisumlage – zurückgezogen wurde. Dieser Antrag sei überhaupt nicht zielführend gewesen.

Ein Punkt, der Sorge mache, sei der Personalkostenanteil, und zwar nicht, weil die einzelnen Mitarbeiter, die hier ihre Arbeit für den Landkreis machen, zu viel verdienen, sondern weil der Personalkörper von der Zahl her in den letzten Jahren aus der Balance gekommen zu sein scheine. Die Steigerung um 1,8 Mio. € innerhalb von einem Jahr, die hohe Zahl der Alterszeitfälle und die Ausgaben für die Rückkehr aus der Elternzeit sowie für Sonderbeurlaubungen müsse man in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Zwischen 2007 und 2011 habe es eine Steigerung von 36 Stellen gegeben. Jede einzelne sei durch einen Ausschuss gegangen und irgendwann auch einmal berechtigt gewesen. Die Frage sei, ob man den Personalkörper in Bezug auf die Zahl der Stellen nicht insgesamt stärker beobachten müsse. Dies sei ein Anliegen der SPD-Fraktion gewesen, die sich hätte vorstellen können, schon heuer zu finanziellen Ergebnissen zu kommen. Jedoch sei die SPD-Fraktion auch mit dem zufrieden, was vorher in nichtöffentlicher Sitzung vereinbart wurde. Bei den nächsten Haushaltsberatungen werde das Thema Personalkosten jedenfalls eine sehr viel stärkere Rolle spielen. In der Überzeugung, dass man diesen Punkt in den nächsten Jahren in den Griff bekomme, werde die SPD-Fraktion der Erhöhung der Personalausgaben in diesem Jahr zustimmen, sich aber gegen jegliche weitere Erhöhung aussprechen.

Kreisrat Klaußner führt an, es sei gut und sachdienlich gewesen, dass alle Bürgermeister über den Haushalt informiert wurden. In der Vorstandssitzung des Bayer. Gemeindetags habe man sich ebenfalls eingehend mit dem Haushalt befasst. Die Personalkosten würden jedoch Sorge bereiten. Vorhin habe man nun erfahren, dass die Gremien in diesem Jahr bereits frühzeitig ausführliche und umfangreichere Informationen zum Personalhaushalt erhalten werden.

Ferner verweist Kreisrat Klaußner auf die im letzten Jahr vorgenommene Erhöhung der Kreisumlage um 3 %-Punkte. Fast alle Bürgermeister seien dennoch der Meinung, dass eine weitere Erhöhung um 0,75 Punkte heuer nochmals mitgetragen werden könne.

Landrat Sailer lässt daraufhin über den Antrag von Kreisrat Buhl und Kreisrätin Jung abstimmen, den Hebesatz der Kreisumlage um 1,5 % zu erhöhen. Der Antrag wird mit 13:2 Stimmen abgelehnt.

Der Kreisausschuss spricht sich daraufhin einstimmig für eine Anhebung des Kreisumlagenhebesatzes um 0,75 % auf 49,75 % aus.

Beschluss:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 vorzulegen. Die Abgleichsvorschläge ergeben sich aus den diesem Beschluss beigefügten Unterlagen.

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2012 ist zu berücksichtigen,

eine Kreisumlage in Höhe von	89.956.200 € (Hebesatz: 49,75 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von	1.544.400 €
davon allgemeine Rücklage	- €
Stiftungsrücklage	25.000 €
Sonderrücklage KZVA	- €
Sonderrücklage Betriebs- verluste Klinikum	1.519.400 €
Sonderrücklage AVV	- €
eine Kreditaufnahme in Höhe von	12.753.800 €
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von	70.407.300 €
Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten liegenden Grundbesitz	
Grundsteuer A	300 v. H.
Grundsteuer B	300 v. H.
Gewerbesteuer	320 v. H.
ein Höchstbetrag der Kassenkredite von	3.000.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 5 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 6 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Güller kommt auf den Ablauf der Kreistagssitzung zu sprechen. Wenn der MAN-SIO-Antrag so aufrecht erhalten werde, dann sollte darüber in einem eigenen Punkt vor den Haushaltsreden abgestimmt werden.

Kreisrätin Jung führt an, dass es wohl Zuschüsse für die Lehrerfortbildung beim Gymnasium Diedorf gibt, die andere Schulen nicht bekommen

Herr Püschel teilt mit, der Landkreis sei nicht für das Lehrpersonal zuständig, weshalb solche Zuschüsse für Lehrerfortbildung nicht vom Landkreis stammen.

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

45. Sitzung des Kreisausschusses 13.02.2012